

Gemeinde Hohenwestedt verlangt beim Straßenbau kein Geld mehr von Anliegern

Von Hans-Jürgen Kühl | 20.12.2022, 10:42 Uhr



Am Utroper vor dem Rathaus: Bürgermeister Jan Butenschön mit den Fraktionsvorsitzenden Werner Butenschön (FDP), Dieter Krusche (CDU) und Udo Ahlf (SPD).

FOTO: HANS-JÜRGEN KÜHL

Die Gemeindevertreter wollen die Bürger in Zeiten von Energiekrise und Inflation entlasten. Von der Entscheidung profitieren jedoch nicht nur die Anwohner bei neuen Bauprojekten. Die Entscheidung fiel Einstimmung.

Die Gemeinde Hohenwestedt verzichtet bei ihren Straßenausbaumaßnahmen ab sofort auf Beiträge von den Anliegern. Mit ihrem einstimmig gefassten Beschluss wollen die Kommunalpolitiker die ohnehin schon von steigenden Energiepreisen und allgemeiner Inflation gebeutelten Bürger entlasten. Weil der Beschluss der Gemeindevertretung rückwirkend zum 1. Januar 2021 gilt, kommen auch schon die Anlieger des im vergangenen Jahr ausgebauten Lerchenfelds in den Genuss der Neuregelung.



Jetzt abonnieren:
Klima-Newsletter

Was bedeutet die Klimakrise für uns Schleswig-Holsteiner, die wir zwischen den Meeren leben? In unserem wöchentlichen Klima-Newsletter setzen wir die Auswirkungen der globalen Klimakrise in einen lokalen Kontext.

E-Mail

olaf.staecker@web.de

Jetzt kostenlos abonnieren

Mit Klick auf den Button bestellen Sie den kostenlosen Newsletter. Mit der Bestellung stimmen Sie den [Datenschutzhinweisen](#) zu.

Neuregelung nach 50 Jahren

„Wir werden künftig von den Anliegern keine Beiträge für den Straßenausbau mehr verlangen.“ Diese Bekanntgabe von Jan Butenschön markiert den Schlusspunkt einer kommunalpolitischen Debatte, die der Bürgermeister als „langen und intensiven Diskussionsprozess“ bezeichnet. Seit über 50 Jahren verfügt die Gemeinde Hohenwestedt über eine „Straßenausbaubeitragssatzung“, die den Eigenanteil von Anwohnern bei Straßensanierungen festlegt: 25 Prozent in Durchgangsstraßen, 75 Prozent in Wohngebieten, 50 Prozent in den landwirtschaftlich geprägten Ortsteilen.

LESEN SIE AUCH

**Mit Förderung von Land und Bund
Gemeinde Hohenwestedt saniert Tennisplätze für über 300.000 Euro**



**Schnee, Eis und Glätte
Vom Gehweg bis zur Landstraße: Wer ist in SH wo fürs Räumen zuständig?**



2018 hob das Land Schleswig-Holstein die verpflichtende Einnahme von Anliegerbeiträgen durch die Gemeinden auf und überließ es den Kommunen, wie sie die Finanzierung ihren Straßenbaumaßnahmen regeln. „Ab 2018 haben wir uns mit dem Thema befasst, und 2019 hat die SPD-Fraktion einen Antrag auf Aufhebung der Anwohnerbeiträge gestellt, der aber abgelehnt wurde, weil sich unsere finanzielle Lage nicht entsprechend darstellte“, berichtet Jan Butenschön.

Seit 2018 musste die Gemeinde keine Kredite mehr aufnehmen

Ende 2022 präsentiert sich die Finanzlage der Gemeinde Hohenwestedt nun „sehr solide“, vermerkt der Bürgermeister: „Wir haben seit 2018 keinen Euro an Krediten aufnehmen müssen, und insbesondere die hohen Gewerbesteuererinnahmen geben uns als Gemeinde einiges an Spielraum.“ Finanzieller Spielraum, der genutzt werden soll, um die Einwohner zu entlasten. „Mit der einstimmigen Gemeinderatsentscheidung zum Verzicht auf die Anliegerbeiträge wollen wir ein Zeichen setzen, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger in dieser für alle belastenden Zeit unterstützen wollen“, betont Jan Butenschön.

LESEN SIE AUCH

Weihnachten 2022

Mit Karte: Hier gibt es im Kreis Rendsburg-Eckernförde noch Plätze fürs Weihnachtsessen



„Wir haben insbesondere bei der Anliegerversammlung zum nächsten geplanten Straßenausbauprojekt die Sorgen der Bürger wahrgenommen“, sagt CDU-Fraktions-Chef Dieter Krusche. „Was die Preisentwicklung bei Strom, Gas und Öl angeht, haben wir noch nie eine so schlimme Zeit erlebt“, meint Krusche: „Deshalb freue ich mich, dass alle drei Fraktionen nun so eine tolle Lösung für unsere Bürger gefunden haben.“ „Wir hatten die Forderung nach der Aufhebung der Anliegerbeiträge 2018 in unserem Wahlprogramm“, stellt der SPD-Fraktionsvorsitzende Udo Ahlf fest, „und auch wir freuen uns nun sehr, dass die Bürger durch Außerkraftsetzung der Satzung dauerhaft entlastet werden.“ „Die Anlieger sind durch Inflation, Energiepreise und Baukosten ohnehin schon sehr gebeutelt, und darum war es richtig, jetzt bei den Anwohnerbeiträgen die Reißleine zu ziehen“, meint FDP-Fraktions-Chef Werner Butenschön, „ich freue mich, dass wir dies Thema nun endlich beerdigen können.“

Auch Anwohner des Lerchenfelds werden entlastet

Weil der Gemeinderatsbeschluss rückwirkend zum 1. Januar 2021 gilt, müssen auch die Anlieger des Lerchenfelds schon keine Beiträge mehr bezahlen. Der Ausbau der Straße wurde 2020 geplant und 2021 in die Tat umgesetzt. Da es sich um eine Durchfahrtsstraße handelt und ein ortsansässiges Unternehmen einen Großteil der Kosten übernahm, wären auf Anlieger durchschnittlich etwa 1500 bis 2000 Euro an Beiträgen zugekommen. „Das Geld können die Leute ja nun in ein paar Weihnachtsgeschenke mehr investieren“, bemerkt Werner Butenschön.

2024 stehen die nächsten Straßenbauprojekte an

Auf eine noch deutlich höhere Entlastung können sich die Anwohner des

nächsten gemeindlichen Straßenbauprojekts freuen. 2024 sollen der Pommernweg, die Stephanstraße und „Buten Hamburg“ ausgebaut werden. Da es sich um Wohnstraßen handelt, bei denen die bisherige Ausbausatzung einen Anliegeranteil von 75 Prozent vorsah, und weil die Baukosten stetig ansteigen, hätte die Anwohner ziemlich tief in die Tasche greifen müssen. Auf rund 10.000 Euro taxiert Bürgermeister Butenschön den Eigenanteil der Anlieger, der fällig geworden wäre, wenn die Ausbausatzung in Kraft geblieben wäre.